

Bezugspreis: Vierteljährlich 30,- M., monatlich 10,- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komposition ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 13. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Erzbergers Mörder festgestellt.

Münchener Studenten von der Ehrhart-Brigade!

Den Bemühungen der badischen Behörden ist es nunmehr gelungen, die Persönlichkeit der beiden Mörder Erzbergers einwandfrei festzustellen, selber bisher, ohne ihrer selber habhaft zu werden.

Es handelt sich um zwei Münchener Studenten, Heinrich Schulz aus Adln und Tillessen aus Saalfeld i. Th., von denen der eine früherer Offizier, der andere früherer Seemann ist. Beide waren Mitglieder der berühmtesten

Brigade Ehrhart,

die am 13. März 1920 den bewaffneten Handstreich gegen Berlin unternahm.

In München gehörten sie der dort fortbestehenden Organisation Ehrhart an, die sich des Schutzes der bayerischen Reichsbehörden erfreuen darf. Sie lehrten auch nach ihrer Tat nach München zurück, wo sie sich mindestens bis zum 30. August aufhielten.

In Berlin sind im Zusammenhang mit diesen Feststellungen mehrere Verhaftungen

vorgenommen worden. Sie betreffen Personen, die zu den nahen Freunden der beiden flüchtigen Mörder gehören.

Bemerkenswert ist auch, daß die badischen Behörden bei ihren Nachforschungen in München auf den entscheidenden

Widerstand der bayerischen Polizeibehörde

stießen. Ohne diesen Widerstand wären die Mörder vielleicht schon gefaßt.

Reichswirtschaftsrat und Goldwertfassung

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hatte heute vormittag eine Generaldebatte über die Steuervorfälle. Dazu erstattete Geheimrat Schaub den Gesamtsitzung über die Tätigkeit des Reparationsausschusses. Dieser sei bemüht gewesen, dem Staate das Erforderliche an Steuern nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit und des Ausgleichs wirtschaftlicher Härten zu geben.

Darum nimmt für die Arbeitnehmer Wiffell zu der Begründung des großen Antrages das Wort. Dagegen, daß der Antrag noch einmal dem Reparationsausschuß beraten werde, erhebt er keinen Widerspruch. Er halte es für ausgeschlossen, daß sich die Unternehmer des Reichswirtschaftsrates nur deswegen gegen die Erfassung der Goldwerte wenden, weil sie zu sehr an dem Besitz hängen.

Alle anderen Sachkundigen kommen unter Berücksichtigung des Valutarückganges auf einen Bedarf von 150 Milliarden. Schögen wir den Bedarf nur auf 100 Milliarden, so heißt das bereits, daß bei dem gegenwärtigen Volkseinkommen jeder etwa

zwei Drittel des Jahres für das Reich und nur ein Drittel für sich arbeiten muß. Dabei ist der Bedarf der Gemeinden noch nicht angelegt. Die Reparationslasten können nur gedeckt werden aus einer gesteigerten Produktion. Solange diese nicht erzielt werden kann, müssen wir in die Vermögenssubvention eingreifen, und zwar um so tiefer, je weniger es uns gelingt, den Ertrag unserer Volkswirtschaft zu steigern.

Wenn der russische Bauer verhungert, nimmt er selbst das Saatgetreide zum Essen. (Anrede.) Jeder Eingriff in die Substanz des Volkseinkommens trifft auch die Existenz der Arbeiter schwer. Je länger der Zustand dauert, um so länger wird der deutsche Arbeiter Lohnsklave des Auslandes sein müssen. Darum möchte ich den Eingriff in die Substanz so gering wie möglich gestalten. Wenn Sie aber (zu den Unternehmern) die Produktionskraft steigern, so wird der Eingriff um so tiefer erfolgen müssen. An Hand einiger Beispiele aus der Industrie führte Genosse Wiffell aus, wie durch eine planmäßige Wirtschaftsführung der Ertrag der deutschen

Produktion ganz bedeutend gesteigert werden kann. Er wies auch darauf hin, daß ein Vertreter des Handels zugegeben hat, es seien heute viel zu viel Menschen im Handel beschäftigt.

Gegenüber der Behauptung des Berichterstatters, daß wir kein Goldwerte haben, möchte ich doch darauf hinweisen, daß die technischen Einrichtungen unserer Wirtschaft im letzten Jahre eine ganz bedeutende Höhe erreicht haben. Hier sind Gold- bzw. Sachwerte geschaffen worden. Es kommt nun darauf an, die Werte, die wir im Innern in Papier ausbringen, zur Bezahlung nach außen in Gold umzuwandeln. Die Vermögenssteuergesetze werden in diesem und im nächsten Jahre noch feinerlei Einnahmen bringen. Bis das der Fall ist, können wir nicht warten. Ich glaube, daß

unsere Industrie, namentlich eine zusammengeschlossene Industrie, im Auslande auch kreditwürdig genug erscheint, daß dieses daraufhin dem Reich die Goldwerte leiht, die es braucht.

Wir müssen die Erträge unserer Wirtschaft zu steigern versuchen. Gelingt das, so brauchen wir um so weniger in die Substanz des Vermögens einzugreifen. Scheitert das aber an dem Widerstand der Industriellen und der Landwirtschaft, dann werden wir stärker in die Substanz eingreifen müssen als ich es wünsche. (Zwischenruf: Bitte!) Ja, dann sind wir pleite. Das unterliegt keinem Zweifel. Vorläufig aber habe ich noch die Hoffnung, daß wir nicht pleite werden, und wir müssen uns Mühe geben, um der Pleite zu entgehen.

Bedmann vom Gewerkschaftsbund der Angestellten: Der Fehler aller bisherigen Finanzreformen lag darin, daß die Geldentwertung nicht berücksichtigt wurde und daß man die Besitzer von Geldforderungen den Besitzern von Sachwerten gleichgestellt hat. Eine unabwägbare Besteuerung der Sachwerte ist nur möglich durch Beteiligung des Reiches an den Sachwerten.

Humar protestiert gegen die Erfassung des Grundbesitzes durch eine Goldhypothek.

Georg Bernbard wendet sich mit großer Schärfe dagegen, daß das Reichsfinanzministerium nicht einmal den voraussetzlichen Ertrag der Besitztümer angegeben habe. Das ist eine ganz unmögliche Art der Finanzberatung. Der Reichswirtschaftsrat sollte die Verantwortung für eine solche Art Scheinmacherei ablehnen. Wenn wir das nicht tun, so lediglich deswegen, weil wir bis zuletzt den Versuch machen wollen, an der Lösung der Reparationsfrage mitzuwirken. Unsere Gegner sind vorläufig gewonnen, die ungeheure Last in jedem Falle einzutreiben. Räte aber eine

Finanzkontrolle der Entente.

so würde diese in Form und Höhe viel unangenehmere Steuern bringen als man heute zu tragen bereit ist. Sie würden vor allem auch die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie unterbinden. Selbst im englischen Haushalt sind die Beiträge aus deutschen Reparationszahlungen bereits eingezogen. An die Streichung sämtlicher Reparationen glaubt doch kein Mensch. Warum stellt man dann nicht wenigstens einen geringen Ertrag an Steuern für diese Zwecke in den Haushalt ein? Aber nicht einmal der innere Bedarf ist ja durch Steuern gedeckt. Deshalb hat das Kabinett noch keinen Plan vorgelegt, der die Befreiung der Devisen zur Bezahlung ermöglicht. Wenn wir auch keinen Heberschuh der Einfuhr über die Ausfuhr haben, so führen wir doch immerhin Waren aus. Die Regierung hat es nicht einmal verstanden, die auf diese Weise bisher nach Deutschland kommenden Devisen zu erfassen. Es sind

von Deutschen ausländische Werte gekauft

und mit fremder Valuta bezahlt worden. Das ist ein sehr großer Schaden. Aber augenblicklich stellen gewisse Kreise der Industrie und des Handels nicht genügend Devisen zur Verfügung. Die Spekulation hat unter sprunghafter Steigerung der Kurse der Regierung die benötigten Devisen vor der Nase weggekauft. Das ist eine Vaterlandslosigkeit, eine

Schamlosigkeit gegen die öffentlichen Interessen.

für die es keinen parlamentarischen Ausdruck gibt. An eine gleichzeitige Vermögensbesteuerung durch besondere Erfassung der Goldwerte neben den bisherigen Besteuerungen glaubt der Redner nicht. Er verlangt aber, daß die Industrie sich verpflichtet, als Vorbehalt auf die Vermögenssteuer Werte zur Verfügung zu stellen, die die Befreiung der Devisen ermöglichen. Er verlangt daher, daß der Reparationsausschuß bei der Beratung des Antrages Wiffell Grundzüge für einige gesetzliche Bestimmungen in dieser Richtung ausgearbeitet.

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Generalstreik in Nordfrankreich.

Paris, 13. September. (W.F.B.) Wie die Morgenblätter melden, ist der gestern proklamierte Generalstreik in der Gegend von Lille ziemlich abgewenzt zur Durchführung gekommen. Die Zahl der Streikenden wird auf 75 000 geschätzt. Auch die Straßenbahnen haben im Laufe des gestrigen Tages die Arbeit eingestellt. Es wurden zahlreiche Versammlungen abgehalten, die ruhig verliefen. Der Arbeitsminister hat gestern Vertreter der industriellen Verbände empfangen, wobei die Industriellen dem Minister die wirtschaftliche Lage auseinandersetzen, die es ihnen nicht erlaube, die Lohnherabsetzung von 20 Centimes wieder rückgängig zu machen. Die Unterredung hatte also keinerlei Ergebnis. Der Minister hat für morgen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu sich geladen, um nochmals einen Versöhnungsversuch zu unternehmen. Das Streikkomitee hat im Laufe des gestrigen Tages den Arbeitern bestimmter, besonders lebenswichtiger Betriebe die Wiederaufnahme der Arbeit gestattet.

Die Unruhen in Marokko. Die spanischen Truppen haben die Offensiv gegen die Aufständischen in Marokko aufgenommen. Die Angriffe der Aufständischen dehnen sich jetzt auch auf die französische Linie aus. In der französischen Kammer ist eine Anfrage über die Gefahren eingegangen, die Frankreich aus dem Marokkofeldzug der deutschfreundlichen spanischen Militärpartei erwachsen. In Spanien befürchtet man, Frankreich werde die Unruhen in Marokko dazu benutzen, seinen Einfluß auch auf Spanisch-Marokko auszudehnen.

Deutschösterreichs Ausverkauf.

G. P. Wien, 11. September.

Als im Jahre 1854 die Reaktion Oesterreich finanziell an den Rand des Abgrunds gebracht hatte, wußte sie sich aus den Folgen ihrer Mißwirtschaft keine Rettung, als daß sie das in bester Entwicklung befindliche Staatsbahnen an ein Konsortium von internationalen Finanzrittern verschleuberte. Neben den jüdischen Isak Pereira und Eskeles finden wir in dem Konsortium auch den späteren Finanzminister Napoleons III, Adolff Fould, den Halbbruder Napoleons, Herzog von Morry, und den Herzog von Galliera.

In einer ähnlichen Situation befindet sich jetzt Oesterreich wiederum. Wieder hat die Reaktion das Staatsruhr in der Hand und wieder weiß sie sich aus den finanziellen Bedrängnissen, in die der Weltkrieg den Staat gebracht hat, keinen Ausweg als durch Verschleuderung von Staatsgut an ein Konsortium von internationalen Glücksrittern. Aber diesmal handelt es sich der Reaktion noch um mehr als um bares Geld, es handelt sich auch darum, durch Abstoßung der staatlichen Industriewerte zu verhindern, daß sie in gemeinwirtschaftliche Anstalten verwanbelt und so das Werk der Sozialisierung, das an verschiedenen Staatsgütern — und zwar wie unter anderem die gemeinwirtschaftlichen Leder- und Schuhfabriken beweisen — mit Erfolg in Angriff genommen wurde, zu stören und den Kapitalismus wieder fester in den Sattel zu legen.

Die Industriewerte, deren Verschacherung von den Kapitalisten betrieben wird, sind neben einigen kleineren Anstalten vor allem das Arsenal und die Werke in Wöllersdorf, zwei Industrieanlagen, die im Krieg von der Militärverwaltung auf das Modernste zur Erzeugung von Kriegsmaterial eingerichtet, nach dem Zusammenbruch durch die Initiative der Arbeiter in die größten Industrieanlagen Oesterreichs umgewandelt wurden. Daß beide Betriebe nur durch die Tatkraft der Arbeiter dem Staat überhaupt gerettet wurden, störte das Kapital natürlich nicht im geringsten.

Im Wiener Arsenal hatte der Militarismus 15 000, in Wöllersdorf, fernab von jeder Stadt, gar 46 000 Arbeiter zusammengepreßt, aus allen Ländern und Völkern der Monarchie zusammengewürfelt, die mit Kerker und Peitsche, mit Bajonett und Spangen unter der Zucht des Kriegseistungsgesetzes zur Fronarbeit gezwungen wurden. Als die Gewalt des Militarismus zusammenbrach, stoben diese Zehntausende auseinander, froh, der Sklaverei ihrer Fronvögte entgehen zu können. Nur wenige Tausend organisierten, klassenbewußter Arbeiter blieben zurück, gehalten von ihren Vertrauensmännern, die der werdenden Republik nicht nur den Stock tüchtiger Arbeiter, sondern die Milliardenwerte, die in diesen Betrieben steckten, retten wollten. Es wurden Arbeitervereine gegründet, die die Betriebe bewachten, um die Zerstörung der Anlagen und die Plünderung der Waren zu verhindern, die herrenlos herumlagen, weil keine Disziplin mehr bestand und mit den Sklaven, die die Kette gebrochen hatten, auch die Antreiber, die ihre Rache fürchteten, geflohen waren. Aber damit noch nicht genug: die Vertrauensmänner mußten auch noch unter denen, die zurückgeblieben waren, mustern und die unverlässlichen und zweifelhaften Elemente abstoßen. Ja noch mehr: da die Leitung der Industriewerte, die nur aus militarischen Gesichtspunkten ausgewählt worden war, bei der Umstellung auf die Friedensproduktion ganz versagte, mußten die Arbeiter sich selbst erst die Maschinen bauen, die für diese Umwandlung notwendig waren, ja selbst die Verkaufsorganisation mußte von ihnen erst geschaffen werden. Aber wenn die leitenden Personen und die Finanzverwaltung ihnen auch gelegentlich Worte der Anerkennung spendeten, so haben sie das Werden dieses sozialistischen Geistes nur mit Widerwillen und vom ersten Tag an wurde das Werk von allen bürgerlichen und bürokratischen Stellen sabotiert. Statt die Arbeiter in ihrem Bestreben, dem Staate einen Musterbetrieb zu schaffen, zu unterstützen, und alle Kräfte aufzuwenden, um ihnen über die Schwierigkeiten der ersten Jahre hinwegzuhelfen, wurden ihnen, zum Teil aus Unfähigkeit, zum größten Teil aber bewußt, um das Gelingen des sozialistischen Versuches zu stören, und aus kapitalistischer Profit- und Provisionsucht die allergrößten Schwierigkeiten bereitet. Nicht nur, daß das Privatekapital, auf dessen Mitwirkung ja auch diese industriellen Betriebe angewiesen waren, sich zurückhielt und schlechtere Bedingungen stellte, nicht nur daß die Generaldirektion nicht imstande war oder nicht wollte, die nötigen Fachleute für die kaufmännische Leitung der Betriebe auszutreiben, nicht nur daß die Regierung ununterbrochen mit allen möglichen Kapitalisten verhandelte, um ihnen die Werke zu verkaufen, nicht nur, daß die bürgerlichen Blätter unaufhörlich die Industriewerte und die dort beschäftigten Arbeiter beschimpften, um ihnen den Kredit zu untergraben, haben sich die Organisationen der Industriellen nicht erblödet, sogar die Hilfe der Reparationskommission anzurufen, um die Umwandlung in eine gemeinwirtschaftliche Anstalt zu ver-



hindern. Die Reparationskommission hat sich auch nicht ge- scheut, mit Berufung auf den Friedensvertrag, der ihr das Generalpfandrecht auf alles staatliche Eigentum gibt, gegen diese Umwandlung auch wirklich Einspruch zu erheben. Wie ernst die Berufung auf den Friedensvertrag ist, und wie sehr es sich dabei nur darum handelte, die Solidarität mit den Kapitalisten zu bekunden, geht daraus hervor, daß die Entente gegen die Umwandlung in eine gemeinwirtschaftliche Anstalt, die an dem Verhältnis zum Staat nichts ändert, Einspruch erhob, aber zugleich hinzufügte, daß sie gegen den Verkauf oder die Verpachtung an eine kapitalistische Gruppe nichts einzuwenden habe. Für den Verkauf haben die Feinde der Industriewerke ein Hauptargument: das Defizit, die Zuschüsse, die der Staat leisten muß, die in österreichischer Valuta natürlich sich riesenhaft ausnehmen, in guter Valuta aber doch erträglich sind, und die Schwierigkeit, das Kapital zu erhalten, um die notwendigen Anlagen zu beschaffen und die Betriebe im Laufe der Jahre rentabel zu machen.

Beim Arsenal mißglückte dennoch die Verschäfe- rung. Die Arbeiterschaft des Arsenals hat in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschafts- kommission bereits im Februar die Umwandlung des Arsenals in eine gemeinwirtschaftliche Anstalt erzwungen.

Dagegen ist es bei den Werken von Wöllersdorf gelungen, vor allem weil diese wegen der riesigen Dimen- sionen der Anlagen — die aber nur zum geringsten Teil aus- genützt sind — zur vollen Ausnutzung viel größere Kapitalien erfordern. Die Sozialdemokraten hatten allerdings auch für Wöllersdorf vorgeschlagen, daß die einzelnen Industrie- betriebe, die dort errichtet sind — neben der riesigen Waffen- und Munitionsfabrik Metall-, Textil- und Glasfabriken — in gemeinwirtschaftliche Anstalten umgewandelt werden sollten. Die bürgerliche Majorität des Hauptausschusses hat aber dem Vorschlag der Regierung zugestimmt, daß das ganze Werk an eine Aktiengesellschaft für sechzig Jahre verpachtet werden soll. Der Vertrag, dem der Hauptausschuß zugestimmt hat, wurde nur mit einer einzelnen Person abgeschlossen, dem ehemaligen Generaldirektor der Depositenbank Dr. Kranz, gegen den das Kriegsministerium während des Krieges einen großen Ten- denzprozeß wegen Ueberverteilung der Heeresverwaltung an- gestrengt hatte, der aber trotz seiner Verurteilung seither wieder ein großer Finanzier geworden ist und nun die Gene- ralverteilung einer großen amerikanischen Schriftzieh- maschinenfabrik hat. Dieser Herr Dr. Kranz steht nun an der Spitze eines großen Konzerns, dem außer einigen reichen deutschen Firmen — darunter die Frankfurter Metallwaren- firma Beer, Sondheimer u. Comp. und die Berliner Bank- firma C. Schlesinger, Trier u. Co., einem Herrn Rabinowitsch aus Petersburg und Paris — noch eine Reihe fragwürdiger Personen angehören: vor allem der durch die Verschlebung des Hohenzollernwerdens nach Holland bekannte, nun in Holland wirkende Herr Josef Paul Gruffer und — damit der aristokratische Aufpuß nicht fehle — auch sein Klient, der Fürst Leopold zu Lippe- Detmold. Es gehören diesem Konzern, das berufen ist, eines der größten Industrieunter- nehmen zu führen, also nur — um es höflich zu sagen — Händler und Bankiers an, aber kein einziger industrieller Fach- mann.

Jedenfalls ist der Vertrag ein trauriges Zeichen der Zeit, ein Zeichen, wie die Angst vor dem Sozialismus die bürgerlichen Parteien und Regierungen dazu treibt, selbst die ihnen anvertrauten Interessen des Staates zu mißachten.

Schulstreik in Dortmund. Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Schulgesellschaften teilt in einem Aufruf mit, daß die Vertreter aller freien Organisationen der Stadt Dortmund einstimmig den Schul- streik beschlossen haben. Als Grund wird angegeben, daß die Stadtverwaltung bisher nichts Ausreichendes für die Ein- schulung der dreitausend Schulkinder getan hat, die auf Grund des ministeriellen Erlasses über die bekenntnisfreie Schule zum freireligiösen Unterricht angemeldet waren.

## Die internationale Hilfssprache.

Von Erich Witte.

Als Schüler habe ich 6 Jahre Englisch, 7 Jahre Französisch und 9 Jahre Lateinisch gelernt; in dieser letzteren Sprache war ich beim Verlassen der Schule imstande, Prosa zu lesen, leichte Stellen ohne, schwere mit Wörterbuch. Kürzlich habe ich eine Sprache ge- lernt, die ich mit in demselben Grad wie das Lateinische zu eigen machte. Ich habe aber nicht verschiedene Jahre darauf verwandt, auch nicht ein Jahr, nicht einmal einen Monat, ja sogar noch nicht eine Woche, sondern nur einen einzigen Tag. Es war die künstliche internationale Hilfssprache, das Esperanto, für dessen Verbreitung im August in Prag ein Kongreß abgehalten worden ist, auf dem 300 Nationen vertreten waren.

Die Sprache ist deswegen so leicht zu erlernen, weil es in ihr nur eine Deklination, nur einen Artikel, nur eine Kon- jugation, überhaupt keine einzige Unregelmäßigkeit gibt, weil jedem Laut ein Buchstabe, jedem Begriff ein Wort entspricht.

Würden alle Nationen außer ihrer Muttersprache nur das Esperanto lernen, so könnte die viele Zeit, die in den Schulen auf die fremden Sprachen verwandt wird, für andere Lehrgegenstände verwendet werden und so von Ueberbürdung der Schüler keine Rede mehr sein. Dann würden alle Bücher nur in diese Sprache übersetzt zu werden brauchen und daher in der ganzen Welt gelesen werden können. Dann könnte eine Arbeiterzeitschrift erscheinen, die von den Arbeitern aller fünf Erdteile neben ihren jetzigen Zeitungen gelesen werden könnte.

Wenn das Esperanto so große Vorteile hat, warum wird es dann nicht schon längst in allen Schulen der Welt gelehrt? Wer sind die Gegner dieser internationalen Sprache? Erstens sind es die Rationalisten, die bei der allgemeinen Einführung des Espe- ranto eine Ueberbürdung der internationalen Gegenstände fürchten, da sich dann die Arbeiter aller Länder ohne Schwierigkeiten verständigen könnten und dies nicht mehr ein Vorrecht der Besthenden sein würde. Zweitens sind es die Gegner der Einheitschule; denn wenn in der ganzen Welt Esperanto gelehrt wird, brauchen die Schüler weiter keine anderen fremden Sprachen; dies trennt aber jetzt wie eine chinesische Mauer die höheren Schulen und die Volksschulen. Die Einführung des Esperanto bedeutet also die Schaffung der Einheitschule. Drittens sind es die Interessenten. Wie früher die Fuhrwerksbesitzer gegen die Eisenbahn, die Abschreiber gegen die Buchdruckerkunst waren, so sind jetzt die Philologen gegen die Einführung der internationalen Hilfssprache. Ihnen schließen sich gewisse Verleger an.

Es gibt übrigens bereits zahlreiche in allen Ländern eingeführte internationale Sprachen. Es sind in der Regel die Rotenschrift, in der Logographie das Morse-

## Ein protestantisches Konzil.

Genosse Pastor H. Franke schreibt uns: In den Tagen vom 12. bis 16. September tagt in Stuttgart ein evangelisches Konzil, das über die Zukunft der evangelischen Landeskirchen in Deutschland und ihren eventuellen Zusammenschluß zu einer Gemeinschaft inner- halb gewisser Grenzen beraten will. Es ist kein offizielles Konzil. Seine Repräsentanten sind nicht bevollmächtigt, nach feststehenden Verfassungsbestimmungen ihre jeweiligen Kirchen zu vertreten. Sie sind nur von kirchlichen Behörden und Or- ganisationen delegiert, um einen etwaigen deutschen Kirchen- bund vorzubereiten, resp. seine Verfassung zu entwerfen.

Diese Versammlung könnte, wenn sie die Zeichen der Zeit recht versteht, eine hohe Mission erfüllen. Sie könnte an ihrem Teil etwas zur Ueberwindung des unglück- seligen deutschen Partikularismus beitragen. Sie könnte die Parole ausgeben, daß die Zertrennung des deutschen Protestantismus in tausende viel protestantische „Landeskirchen“ nunmehr noch überflüssiger geworden ist, als sie es eigentlich schon immer war. Warum sollen sich die Protestanten Preußens, Bayerns, Badens, Sachsens usw. nicht zu einer einheitlichen evangelischen Kirche zusammenschließen, in der jeder Deutsche und natürlich auch jeder zu uns kom- mende evangelische Fremde gleiches religiöses Heimatrecht fände? Eine solche Vereinheitlichung der evangelischen Kirche würde eine Beseitigung der bisherigen Zersplitterung bedeuten, eine Vermeidung der bisher geübten Vergewaltigung an Kräften und Mitteln. Mühten nicht schon die Ersparnisrücksichten dafür sprechen, zu denen die kommende Trennung von Kirche und Staat und das Versiegen der bisher be- zogenen Staatsbeihilfen die Kirchen zwingen wird?

Wär's aber nicht schade um die regionale Mannigfaltig- keit, die damit verschwände, um die Lokalfärbung ausge- prägter Kulturschiede und historischer Ueberlieferungen, die damit verblöhte? So können nur satte, lebensübermüdete Persönlichkeiten fragen, denen ihre soziale Lage und sonstige Konstitution ermöglicht, an unsere furchtbar ernste Zeit ästhetische Ansprüche zu stellen. Die mögen sich vergnügen am „Reichtum“ kultureller Unterschiede und Gegensätze inner- halb eines Volkes. Die gehegte Masse empfindet das nicht als einen Reichtum, sondern als eine Erschwerung ihrer Lage und als eine Vernehrung des auf ihr lastenden Druckes, wenn sie selbst auf religiösem Gebiet sich erst zurechtfinden soll in den Grenzen und Unterschieden, die etwa das evangelische Mei- nungen gegen das lutherische Hannover oder das reformierte Bremen gegen das unierte Preußen aufgerichtet hat. Eine Kirche wünscht sich die Masse als Pilgestätte ihrer höchsten geistigen Interessen, deren Wahrung sie dem täglichen Kampf ums Dasein mühsam bringt. Eine Zufluchtsstätte braucht sie, wo sie die Mühseligen und Beladenen von Last und Sorgen ihres Tageslebens entlasten können, wo sie Frieden finden von allen Kämpfen und Zerissenheiten ihres Lebens. Es wäre ein verdienstliches Werk, wenn der deutsch-evange- lische Kirchentag in Stuttgart uns der Verwirklichung dieses Ideals näher brächte. Leider besteht wenig Wahrscheinlichkeit dafür. Einer wirklichen, grundsätzlichen Verschmelzung aller deutschen evangelischen Landeskirchen zu einer einheitlichen deutschen evangelischen Kirche steht der Streit über die Frage entgegen, auf welcher Grundlage sich diese Verschmelzung vollziehen soll. Die verschiedenen bisher bestehenden Landes- kirchen spielen da ihre verschiedenen noch immer geltenden „Bekennnisse“ gegeneinander aus. Das ist insofern ein Nonplusultra geistiger Verwirrung, als jedes wahrhaft evan- gelische Bekenntnis ausdrücklich bestimmt, daß das Evangelium selbst die Grundlage aller Kirchenbildung darstellen soll. Man brauchte sich also nur an das Evangelium des Neuen Testa- ments zu halten. Ja, aber wer legt das aus? Es ist doch nicht einheitlich! Ganz recht, meine Herren, das Evangelium umspannt in Weltanschauungsdingen sehr widerstrebende Tendenzen. Aber in dem Einen ist es wirklich ganz einheit- lich, ganz aus einem Gusse: in der Durchführung der sittlichen

Forderungen: Du sollst deine Liebe zu Gott in der Liebe zu deinen Mitmenschen, selbst zum Feinde, betätigen. —

Diese eine Forderung ist etwas so Ungeheures, etwas für die Welt — wie die letzten 7 Jahre gezeigt haben — so Un- stößiges und Unerfüllbares, daß es sich wirklich lohnte, darauf allein eine Kirche zu gründen. Wenns doch die Herren in Stuttgart einmal damit versuchen wollten!

## Die Aufgabe des bayerischen Landtags.

Wie es heißt, soll der bayerische Landtag noch in dieser Woche zusammenzutreten, um die Bildung der neuen Regierung vorzunehmen. Maßgebend für sein Verhalten hierbei sind die Bestimmungen des § 58 der Verfassungsurkunde des Freistaates Bayern, die besagen:

Das Gesamtministerium wird durch den Landtag bestellt. Der Landtag wählt den Ministerpräsidenten. Zur Gültigkeit der Wahl ist die Zustimmung der Mehrheit der gesetz- lichen Mitgliederzahl erforderlich. Der Ministerpräsident unter- breitet dem Landtag eine Vorschlagsliste für die übrigen Ministern. Er befehlt diese im Einverständnis mit dem Landtag.

Der Vorgang ist also ähnlich wie in Preußen. Soll die Wahl des Ministerpräsidenten Bestand haben, so ist eine vorausgehende Verständigung mit jenen Fraktionen, deren Teilnahme erwünscht oder notwendig ist, erforderlich. Die Aufgabe, den Ministerpräsidenten zu stellen, wird vermutlich der Bayerischen Volkspartei zufallen. Bis- her sind zwei ihrer Mitglieder, Held und v. Knilling, als vor- aussichtliche zukünftige Ministerpräsidenten genannt worden. Die Deutschnationalen arbeiten indessen mit Hochdruck für die Wieder- wahl Kahrs, die eine neue Befestigung ihres erschütterten Ein- flusses bedeuten würde. Wahrscheinlich aber ist die Bildung einer Regierung der Mitte, Volkspartei, Bauernbund und Demokraten, die nach rechts oder nach links Anlehnung suchen könnte. Somit besteht die Möglichkeit, daß die neue bayerische Regierung ein nicht ganz eindeutiges Gesicht zeigen wird. Die Sozialdemokratie wird ihre Stellung zu ihr je nach ihrer Zusammensetzung und ihrem Verhalten einrichten. Eine zuverlässig republikanische Regie- rung würde jedenfalls mit ihrer Unterstützung rechnen können.

## Die Totenklage um Kahrs.

München, 12. September. (M.B.) Zum Rücktritt Kahrs schreiben die „Neuesten Nachrichten“: Die politische Span- nung der letzten Tage hat zu einer Entladung gedrängt, die im Interesse des Landes im gegenwärtigen Augenblick nur auf das Tiefste bedauert werden kann. Der „Bayerische Kurier“ sagt, die Kunde vom Rücktritt Kahrs werde im ganzen Lande aufrichtigen Schmerz hervorrufen. Die „Münchener Zeitung“ bemerkt im Beitarikel: Was nicht verstanden wird, ist der Bruch der Bayer- ischen Volkspartei mit ihrem erwählten Vertrauensmann Kahrs ge- legentlich eines Konfliktes, der entbrannt war um die letzten Hobeits- rechte Bayerns. Die Stellung Bayerns bei allen unermesslich kommenden Konflikten ist dadurch schwer geschädigt. Die „Mün- chener Augsburger Abendzeitung“ meint, sie könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Mehrheit sich der geschichtlichen Bedeutung des Augenblicks nicht bewußt war. Die Koalition habe zu bestehen aufgehört. Der Sturz des Ministerpräsidenten habe alle Revolutionäre aufs Neue stark gemacht. In der sozialdemokratischen „Münchener Post“ wird erklärt, daß das Ziel des Kampfes, die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes und die Sicherung der demokratischen Republik, mit dem Sturz der Kahrs-Regierung allein noch nicht erreicht sei. Die Arbeiter werden aufgefordert, sich in höchster Bereitschaft zu halten, solange die Rechtspatrisisten sich gehindert ihr gefährliches Spiel treiben.

Christliches Vertrauensvotum für Stegerwald. Eine Konferenz der christlichen Gewerkschaftsfunktionäre in Essen hat dem preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald ein Vertrauensvotum ausgestellt und ihn zum Bleiben aufgefordert.

Die irische Frage. Reuter meldet: Starke Gründe sprechen für die Annahme, daß das irische Kabinett sich bereits entschieden hat, die Einladung der Regierung zu einer Konferenz anzunehmen. Die Antwort werde wahrscheinlich vor Mittwoch überre- mittelt werden.

Alphabet, im Rechnen die Zahlen, in der Algebra und in der Chemie die Formeln, in der Schifffahrt die Flaggenzeichen. Warum jagert man mit der allgemeinen Einführung der wichtigsten der internationalen Sprachen?

Zu diesem Bekenntnis zum Esperanto müssen notgedrungen ein paar Feststellungen gemacht werden:

1. Die Einführung einer internationalen Sprache setzt voraus, daß die Völker sich über die Wahl der Sprache verständigt und ein internationales Sprachamt geschaffen haben.
2. Der Verfasser hat das Esperanto so schnell gelernt — wobei er die in einem Tage gewonnene Festigkeit sicher überschätzt — weil er schon so viele Sprachen konnte und besonders die im Espe- ranto bevorzugten lateinisch-romanischen Wortstämme kannte.
3. Eine internationale Hilfssprache kann die Kenntnis der Welt- sprache eben nicht ersetzen. Sie kann aber ein sehr nützliches In- strument der Verständigung und der Lebenspraxis werden. Die Red.

Herbert Gulenberg: „Alles um Geld...“ Otto Brahm, der Natu- ralist, suchte in Gulenberg den Psychologen, der zu fördern sei. Die Romantiker, die in diesem Schriftsteller spukt, überfordern der sonst so heilsichtige Mann. Vielmehr wurde dem Temperament Gulenbergs dadurch ein Unrecht getan, das die ehrgeizigen Leute vom Steg- licher Schloßparktheater irgendwie gutmachen möchten. Der Wille war da, er wirkte lobenswertes, da er Gulenberg nicht fallen ließ. Denn er ist, obwohl er heute nichts Persönliches mehr vermag, ein wertwürdiger Sonderling gewesen. Wenn er seine Sprachmacht abstreifte, die sein Vorbild an das Klischee heftete, so fand er sich in Träumereien hinein, die den Moralisten ehrten, den Seelen- kundigen verrietten und die den Gestalter mindestens nicht ausließen. „Alles um Geld“, die Tragödie der Armut, scheint manchmal eine aufgelöste Pleiadesgeschichte. Aber der Skeptizismus wird auch häufig besetzt, und es entsteht ein immerhin rührendes Schauspiel. Der arme Mann, der ein Ehrenmann bleiben will, muß zum Teufel gehen. Erst verliert er Geld, dann Ansehen, dann das Leben ge- liebter Kinder, woraus die Spiehbürgerrede und endlich den Ver- stand. Wellau, Wochenmagazin, in teils symbolischem Gewande. Die Sprache soll Alltagssprache bleiben, sie soll sich schließlich zum Essaiischen steigern, damit die Größe der inneren Sittlichkeit ge- zeigt wird; die draußen, tiefsten Charaktere werden vom Paß der Gläubiger nur als Bankrotteure eingeschätzt und dementsprechend be- handelt. Es ist eine billige Nationalökonomie, nicht viel mehr als eine Heilsarmeepredigt mit erdlichen Beispielen. Trotzdem ist die phantastische Kindlichkeit des Richters gewinnend. Die Literatur und die Ausmünzung theaterteknischer Möglichkeiten sind die Talente Gulenbergs. Die Originalität, die ihm die erste Jugend schenkte, verdrängte bald.

Man soll ihn nicht abstrakt spielen, wie es in Etzlig geschah. Seine Armutstragödie ist kein expressionistisches Stück, entstammt höchstens von einem Naturalisten, dem die Charakteristik des Theater- menschen halb in der Feder stundenlang. Gulenbergs Romantik ist eher Berlegenheit als Stärke. Die Dunkelheit seiner Symbole ist

auch nur Ausflucht. Diese Dunkelheit erhellte Brahm durch die Schauspieler. Die Steglitzer Künstler verdunkelten noch mehr. Derb hätte alles angefaßt werden müssen, statt dessen faßelte oder sang man mit expressionistischen Methoden Orphische. Die jungen Schau- spieler dieses Theaters verfügen jedoch nicht über Sprech, die wie prophetische Jungenspredner wirken. Es wurde die Mühe überall hörbar und sichtbar anstatt der Menschlichkeit. Das Talent von Paul Henckels, Walter Falk, Gerhard Bunte und Thea Broditzinsky strauchelte über solches Mißverstehen der Aufgabe, die zu lösen war. Mag Hochdorf.

Kunst bei Kerzenlicht. Man geht durch die abenddunklen Straßen und entdeckt ein neues Berlin. Die Häßlichkeiten der Großstadt, die die grelle Beleuchtung sonst noch untertrifft, verlieren sich im Dämmer; die Unruhe des Denamentrubels hat sich in große Flächen verflochten. Die Konturen werden bereichert. Wohlige Schatten werden nur hier und da aufgehellt, und das sparsame Licht wird zum Er- lebnis. Wie schön ist so eine Zimmerreihe im ersten Stock, die ihr Licht ausstrahlt. Und die Stille und die Verlorenheit der Straßen. Dank den angelegtesten der elektrischen Werke, die uns diesen seltenen Genuß verschaffen! (Die zu Fuß in ihre ferne Wohnung müssen, empfinden anders.)

Da sind wir glücklich ohne Hast in die Singakademie ge- gangen. Um mehr denn ein Jahrhundert fühlen wir uns zurückversetzt. So sparsam ist man um 1820 mit der Kerzenbeleuchtung ge- wesen. Aber für unsere lichtüberfüllten, lichtgepeinigten Nerven ist das Schummerige eine Wohltat. Der schöne Saal hat ein ganz neues Gesicht bekommen: vor dem Rose-Quartett stehen 6 Kerzen, keine mehr, und weit dahinter oben an der Orgel noch zwei. Rings herum an den Fenstern und Brüstungen flackern einzelne. Der Raum, der in blendenden Licht tot und starr ist, wird lebendig. Das Heckdunkel Rembrandts findet auch hier von Kampf und Be- wegung. In den breiten Dunkelheiten strahlt das warme, gelbe Licht um so intensiver, lenkt die Aufmerksamkeit auf die Spieler, befreit uns von den einzelnen Zuschauern, die zur andächtigen Masse ver- schmelzen.

Wo aber das Licht wirkt, wird es zum Künstler, es modelliert aus dem tiefschwarzen Sammet bis ins leuchtende Funkelein. Wie prachtvoll sieht Arnold Rose da, erst und würdig und doch von innerm Feuer glühend. Rechts sitzt mehr in dem weiten Kreis, nur der Geiger und seine Gefährten tauchen hervor: allen sichtbar und bedeutend. Sechs Kerzen vollbringen das. Aber die Künstler öffnen unser Auge für größere Wunder. Liszt'scher Scherz bewahrt Sehnsucht, Beethoven's männliche Tiefe und Schubert's Verunsicher- heit geleiten uns in traumhafte Welten, in die das Kerzenlicht wie eine ferne Erinnerung hineinleuchtet und sein wohliger Geruch die Weltraumkatholische dämmiger Kirchen hineinzaubert.

Rußt bei Kerzenlicht — das wäre eine Erlösung vom Konzert- saal.

Die Deutsche Hochschule für Politik verleiht ihren neuen Studien- plan (für 1 R. vom Sekretariat, W 56, Schinkelplatz 6, zu beziehen.) Am Sommersemester werden die Vorlesungen von 200 Höreern belegt. Die abendlichen Vorträge werden von über 3000 Teilnehmern besucht. Auch konnte die politische Wissenschaft und ein Seminar eröffnet werden.







# Gewerkschaftsbewegung

## Keine Streiks im Bergbau.

### Das Lohnabkommen angenommen.

Auf der Reichskonferenz der im Bergbau tätigen freien Arbeitergewerkschaften, die in Hannover in Anwesenheit des Reichsbergbauamtsministers Schmidt stattfand, wurde die vom Vorstand vorgelegte Entschliessung, welche die Zustimmung zu den getroffenen Lohnabkommen enthält, unverändert mit 154 gegen 71 Stimmen angenommen. Die Delegierten des Ruhrreviers stimmten sofort geschlossen für ihre Annahme, während die Opposition sich im wesentlichen aus den Mitglieder der Ruhrreviere zusammensetzte.

Nach diesem Ergebnis darf die Gefahr eines allgemeinen deutschen Bergarbeiterstreiks als abgewendet gelten; auch dürften Streiks in den einzelnen kleineren Revieren kaum wahrscheinlich sein.

## Wünsche der Polizeibeamten.

Die Polizeibeamten Groß-Berlins tagten am Freitag in der Bodendruckerei, um Stellung zu der Teuerungszulage und gegen die Zurückdrängung des Beförderungsdienstalters zu nehmen. Die Beteiligung war so stark, daß der große Saal die Zahl der Erschienenen nicht alle fassen konnte, so daß viele gezwungen waren, im nebenliegenden Garten an den offenen Fenstern Platz zu nehmen.

Schrader führte im wesentlichen etwa folgendes aus: Die Maßnahmen der Regierung bei den letzten Teuerungszulagen haben die Polizeibeamten sehr enttäuscht. Denn die nach Prozentätzen gleichmäßig für alle Beförderungsklassen ohne Festsetzung einer Mindestgrenze für die am geringsten bezahlten Beamten bewilligte Teuerungszulage ist nicht im entferntesten geeignet, die Rolle bei der größten Zahl der Beamten zu befestigen. Es muß eine grundlegende Revision für die zu etwa 90 Proz. in den untersten Beförderungsklassen stehenden stattfinden. Durch die Ausführungsbestimmungen des Finanzministeriums zum Beamtendienst-einkommengesetz vom 17. Dezember 1920 werden zahlreiche Beamte in ihrem bisher bezogenen Einkommen infolge Kürzung ihres Beförderungsdienstalters stark benachteiligt. Trotz aller berechtigten Klagen ist eine auch nur annähernd durchgreifende Aufbesserung der Lage des überwiegenden Teils der Polizeibeamten noch nicht erfolgt. Immer noch fehlt es auch den Beamten der Schutzpolizei in ihrer Stellung an einer sicheren Rechtsgrundlage. Die Beamtenauschüsse sind nicht nach dem Geist der Verfassung gestaltet. Ohne Anhörung der Beamten oder ihrer berechtigten Vertretung ist die Anordnung getroffen worden, die Beamten, die mit weniger als 16 Dienstjahren aus der früheren Schutzmannschaft und der Kommunalpolizei in die Schutzpolizei übergeführt worden sind, durch einseitigen Bruch ihres in früherer Zeit geschlossenen Anstellungsvertrags von der Anstellung auf Lebenszeit auszuschließen. Mit dem Rückschritt der Beamten ist diese Maßnahme unvereinbar. Wir dürfen verlangen, daß uns ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Die Polizeibeamten dürfen in ihren rechtlichen Verhältnissen nicht schlechter gestellt sein als die anderen Beamten. Sie können sich in unklarer materieller und rechtlicher Verhältnisse nicht als staatsbürgerliche Kraft fühlen. Bei dieser Forderung hoffen wir auf die Unterstützung aller Volkstreue. Aber wir müssen selbst für uns kämpfen in einer einheitlichen, geschlossenen Berufsorganisation, in der politische Bestrebungen auszuschließen haben. Das soll nicht unser Recht ausschließen, uns als gleichberechtigte Staatsbürger am politischen Leben zu beteiligen. Dem Vortragenden wurde lebhafter Beifall zuteil.

Nach einer sehr regen Aussprache wurde eine Entschliessung einstimmig angenommen, die eine grundlegende Revision der Dienst-einkommensverhältnisse als ein dringendes Gebot der Stunde bezeichnet und von den Vertretern des Volkes im preussischen Abgeordnetenhaus erwartet, daß sie den Anträgen der Organisation ihre Zustimmung nicht verweigern werden. Ferner wird in der Entschliessung auf den Ausschluß der Schutzpolizei von der Anstellung auf Lebenszeit hingewiesen und dazu bemerkt, daß diese ohne Anhörung der Berufsvertretung angeordnete Maßnahme das Vertrauen der Beamten zur vorgelegten Behörde zu heben oder zu fördern nicht geeignet sei. Am Schluß erklärt die Entschliessung:

„Die Polizeibeamtenschaft ist verpflichtet und zu jeder Zeit und Stunde unter Einsetzung ihrer Person gewillt, die Verfassung des Deutschen Reichs mit ihrem Leben zu schützen. Sie protestiert deshalb energig dagegen, daß die Polizeibeamtenschaft selbst durch behördliche Maßnahmen außerhalb der Verfassung gestellt wird. Sie beauftragt ihre Berufsorganisation, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Sicherstellung ihrer wirtschaftlichen und Berufsinteressen einzutreten. Die Beamtenschaft richtet an die breite Öffentlichkeit sowie auch an die gesetzgebenden Körperschaften die dringende Bitte um Unterstützung, damit sie in jeder Zeit in der Lage bleibt, die im Interesse des gesamten Volkslebens ihr gestellten schweren Aufgaben zu erfüllen.“

## Lohnkampf im Konditoreigewerbe.

Die in den Konditoreibetrieben Groß-Berlins beschäftigten Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen waren am Montag zahlreich in den „Sophienböden“ versammelt, um den Bericht über das Ergebnis der Lohnverhandlungen entgegenzunehmen. Dieser wurde von Thieme erstattet. Nach den Ausführungen des Redners wurde den Arbeitgebern die Forderung einer 30 prozentigen Erhöhung aller bisher tariflich festgelegten Löhne unterbreitet. Die Arbeitgeber lehnten ab, so daß vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt werden mußte. Dieser fällt folgenden Spruch:

Die Gehilfen unter 21 Jahren sollen statt 300 340 M., über 21 Jahre alte statt 315 375 M. erhalten. Für Badengehilfen und Servierdamen soll der Lohn von 300 auf 340 M., für Hausdiener und Hilfsarbeiter unter 19 Jahren von 160 auf 180 M., für ältere bis zu 24 Jahren von 190 auf 215 M. und für die über 24 Jahre alten von 240 auf 285 M. erhöht werden. Rutscher sollen statt 270 320 M. erhalten. Für weibliche Hilfskräfte unter 19 Jahren soll der Lohn von 135 auf 155, für die älteren bis zu 24 Jahren

von 155 auf 180 und für die über 24 Jahre alten von 175 auf 205 M. erhöht werden. Verkäuferinnen, Kassiererinnen und Cafémantells unter 21 Jahren sollen statt 165 190 M., ältere statt 185 210 M. erhalten.

Wie der Referent hervorhob, liege in diesen Zahlen ein kleines Zugeständnis, das aber zum Teil wieder aufgehoben werde, weil der Spruch bestimme, daß statt des bisherigen tariflichen Kostgebens von 8 M. 12 Mark bezahlt werden sollen. Hiernach würde für einzelne Gruppen, die bei den Arbeitgebern Kost erhalten, keine Lohnerhöhung, sondern eine Lohnerabsetzung stattfinden. Ein derartiger Spruch fordere den stärksten Protest heraus und müsse entschieden abgelehnt werden.

Hefschold bezeichnete den Spruch als einen Fehlspruch und forderte die Versammlung auf, sofort eine neue Lohnbewegung zu beschließen. Im Anschluß hieran machte er von den Lohnfähigen Mitteilung, die von der örtlichen Verbandleitung hierfür bereits aufgestellt worden sind. Diese Sätze fanden den Beifall der Versammlung. Eirmütig war diese dafür, den Spruch abzulehnen und in eine neue Lohnbewegung einzutreten, bei der nötigenfalls das letzte Kampfmittel angewendet werden soll. Die Kollegenchaft könne auf die Unterstützung des ganzen Verbandes in ihrem Lohnkampf rechnen.

In der Aussprache wurde das Verhalten der Hirsch-Dunderschen Organisation im Lohnkampf scharf verurteilt. Von dieser wie auch von der Arbeitgeberorganisation ist der bestehende paritätische Arbeitsnachweis gekündigt worden.

Eine Resolution, welche den Spruch des Schlichtungsausschusses ablehnt und sich für den sofortigen Eintritt in eine neue Lohnbewegung erklärt, wurde einstimmig angenommen. In einer nächsten Versammlung sollen weitere Beschlüsse gefaßt werden.

## Der G.M. zum Filmstreik.

Die Arbeiter und Angestellten der Filmindustrie stehen seit fünf Tagen im Streik. Nunmehr bemüht sich auch der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellterverbände der Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten darum, einen Teil in die geschlossene Front der Arbeiter und Angestellten zu treiben. 5½ Monate lang haben die Deutsche Filmgesellschaft und der Zentralverband der Angestellten mit den Arbeitgebern der Filmindustrie die Verhandlungen zu führen versucht, die an der Halsstarrigkeit der Unternehmer scheitert sind. Während der ganzen Zeit hat sich der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellterverbände nicht um seine Mitglieder in der Filmindustrie gekümmert; ausgerechnet jetzt, wo die Mehrzahl der Angestellten und Arbeiter in den Betrieben für den Streik sich entschlossen haben, gibt diese Organisation die Parole aus, in den Betrieben zu bleiben, weil, wie es wörtlich heißt, „die Arbeitgeber trotz der stärksten Einwendungen bis zur Stunde den G.M. von den Tarifverhandlungen ausgeschlossen hat“. Wir stellen fest, daß der G.M. sich noch nie bemüht hat, an den Tarifverhandlungen teilzunehmen, sondern jetzt aber auf Grund der Tatsache, daß ein Streik ausgedehnt ist, sich bemüht, den Teil in die Angestelltenmassen zu treiben, um für sich Mitglieder zu fangen und dann durch seine bekannten „Verarbeiten“ einen Tarif mit den Arbeitgebern hinterher abzuschließen.

Arbeiter und Angestellte, achtet auf diese Verräter, denn wenn der Wille zu einem gemeinsamen Kampfe vorhanden wäre, hätte sich auch der G.M. längst dem Vorgehen der Deutschen Filmgewerkschaft und des Zentralverbandes der Angestellten anschließen können.

## Für die Republik!

Der 11. Verbandstag des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten nahm auf seiner Tagung vom 6. bis 10. September nachstehende Entschliessung einstimmig an:

Der 11. Verbandstag des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten erklärt sich für verpflichtet, mit allem Nachdruck zu betonen, daß die von ihm vertretenen Beamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung fest entschlossen sind, der immer anwachsenden aufstrebenden Reaktion die Stirn zu bieten. Die politischen Morde, eine Folge der wüsten Pressehege der sogenannten nationalistischen Kreise zeigen immer deutlicher deren Absicht auf Beseitigung der Republik, der verfassungsmäßigen demokratischen Einrichtungen und der durch die Revolution geschaffenen mächtigen sozialen Fortschritte; diesem unverantwortlichen Treiben Einhalt zu gebieten, ist die Pflicht aller republikanischen Kreise.

Im Namen der mehr als 150 000 Mitglieder des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten erklärt der Verbandstag, gemeinsam mit der übrigen werktätigen Bevölkerung, wenn es erforderlich ist, Verfassung und Republik mit allen Mitteln zu schützen.

Schwarze Listen für Republikaner. In der Metallwarenfabrik von Ehrich u. Graeb stimmten die Angestellten mit Zweidrittelmajorität für die Teilnahme an der Demonstration am 31. August. Sofort nach Bekanntwerden des Resultats ließ einer der Inhaber die Einleitung durch die Abteilungen gehen, daß vorzeitige Entfernungen verboten sei, und jeder, der diesem Verbot zuwiderhandelt, die Konsequenzen seines Verhaltens zu tragen hätte. Mit den Unbelehrten, die diesem Verbot trotzen, wird die schwarze Liste aufgefüllt. Bei der Verurteilung der ehemaligen Kaiserin erhielten mehrere Angestellte Tagesurlaub.

In den Vereinigten Märkischen Tuchfabriken haben am Montag sämtliche Angestellten und Meister wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt.

Allgemeiner Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich. Die Besprechungen zwischen den Parteien im Streik in der Textilindustrie in Nordfrankreich haben zu keinem Erfolg geführt. Vom Aktionsausschuß wurde ein Manifest aufgestellt, worin die Arbeiter für Montag zu einem allgemeinen Streik aufgefordert werden. Vor allem werden die Eisenbahner aufgefordert, keine Truppen zu transportieren.

Angestellte im Buchhandel. Die für Mittwoch, den 14. Sept., angeplante Versammlung in den Prachtbänden Al-Berlin findet nicht statt. (W.-Ostfarrrell.)

# Wirtschaft

## Kampf der Händler gegen die Genossenschaften!

Ganz in aller Stille sind durch Verhandlungen zwischen dem Großhandel und verschiedenen Zweigen der Industrie Abmachungen zustande gekommen, die in ihrer Auswirkung die auf dem Prinzip der Selbsthilfe aufgebauten Genossenschaften in aller Ruhe das Lebenslicht ausblasen können.

Soweit bisher etwas an die Öffentlichkeit gedrungen ist, handelt es sich um auf Veranlassung des Großhandels abgeschlossene Verträge, welche es dem einzelnen Fabrikanten verbieten, an Genossenschaften überhaupt Waren zu liefern. Die Genossenschaften werden bei Beantragung ihrer Bestellungen an den Großhandel verwiesen und ihnen bedeutet, daß der Firma laut Beschluß der Fabrikantenvereinigung, Syndikat usw. die direkte Belieferung unter Umgehung des Großhandels verboten sei. Diese Methode hat immerhin noch den Vorzug der Eindeutigkeit. Andere Unternehmerratselle (denn um solche handelt es sich) belieben ein weniger rohes, aber nicht weniger wirksames Ausschaltungsmittel gegenüber den Genossenschaften. Sie teilen in konziliantester Form mit, daß sie gern bereit sind, den Auftrag zu erledigen, müssen zu „ihrem Bedauern“ aber darauf aufmerksam machen, daß auf Grund eines Beschlusses der Fabrikanten Großhandelsrabatt nicht gewährt werden dürfe.

Innerhalb der Leitungen der Genossenschaft aller Art herrscht über diese Maßnahmen der Fabrikantenratselle berechtigte Enttäuschung. Denn wenn ihnen überhaupt keine Ware mehr geliefert wird oder wenn selbst die größte Genossenschaftszentrale wie z. B. eine Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine nur Kleinhandelsrabatte eingeräumt erhält, dann ist der Sinn und der Erfolg ihres Wirkens vollständig aufgehoben.

Durch das Vorkaufsrecht auf den inländischen Markt angewiesen, besteht für die Genossenschaften keine Möglichkeit, sich der Umklammerung zu entziehen. Auch die in den Handwerksgenossenschaften organisierten Kleingewerbetreibenden glaubten sich durch Selbsthilfe der Ausbeutung durch den Zwischenhandel zu entziehen, — vergebens. Der organisierte Verbraucher befechtete durch Gründung seines Konsumvereins und Schaffung der Großeinkaufsgesellschaften alle verteuern den lästigen Zwischenglieder, nahm seine Angelegenheiten in die eigenen Hände und organisierte die Güterverteilung auf gemeinnütziger Grundlage. Und nun? Jetzt steht der Großhandel dem Augenblick für gekommen, die neue sozialwirtschaftliche Arbeit im Interesse seiner privatkapitalistischen Profitwirtschaft mit einem Schlag zu vernichten.

Auf dem Wege der Gesetzgebung ist diesem Treiben nicht beizukommen, denn die offen zugegebenen Verträge würden sich sofort in Geheimabmachungen verwandeln und unter der Oberfläche weiter wirksam bleiben.

Nun hat es aber den Anschein, als ob die genossenschaftlichen Zentralverbände dieser Erscheinung raslos gegenüberstehen. Jedenfalls ist in der Öffentlichkeit von energischer Gegenwehr noch nichts bemerkt worden.

Wir möchten hier zunächst einmal auf das, was vorgeht, hingewiesen haben, damit die Verbraucher nicht eines schönen Tages von Ereignissen überrascht werden, deren Folgen sich noch gar nicht absehen lassen.

Klaus Sturm.

Ein Kartoffelgroßmarkt in Berlin. Auf Antrag der Handelskammer zu Berlin hat der Berliner Polizeipräsident die Erweiterung des seit vielen Jahren in der Berliner Börse abgehaltenen Frühmarktes auf den Kartoffelgroßhandel genehmigt. Es findet daher vom 16. September d. J. ab an jedem Dienstag und Freitag von 10½ bis 11½ Uhr vormittags in Verbindung mit dem Frühmarkt im Hofe des Börsegebäudes in Berlin ein Kartoffelgroßmarkt statt, an dem Berliner und auswärtige Kartoffelgroßhändler und Landwirte sich versammeln. Dabei findet regelmäßig eine Notierung der Großhandelspreise für Kartoffeln statt.

Neue Zunahme des Banknotenumlages. Die Reichsbank hat, wie aus ihrem Ausweis vom 7. September hervorgeht, für 654,8 Mill. Mark neue Banknoten in der Verkehr gegeben und für 44,1 Mill. Mark Darlehenskaufschneine eingezogen. Der Umlauf an Papiergeld hat also erneut um 610,7 Mill. Mark zugenommen.

## Aus aller Welt.

Großfeuer bei München. Heute früh 4 Uhr brach in den hayerischen Krupp-Werken in Freimann bei München ein Großfeuer aus, welches noch andauert. Die Ursache ist noch unbekannt.

Schließung weiterer Weltkonzerne. Die Polizei hob in Dresden die allgemeine Sportzentrale auf. Von 200 000 M. Einzahlungen konnten nur 22 000 M. beschlagnahmt werden. Der Geschäftsführer wurde unter dem Verdachte der Unterschlagung vorläufig festgenommen. — Der Konzern Sieru meldete seinen Konkurs an. Nur 40 000 M. wurden gerettet.

Ein Odean über Brüssel. Montag früh ist die Decke der Kirche St. Anna zu Koepelsberg bei Brüssel eingestürzt. Eine Dame und zwei kleine Mädchen sind getötet worden, deren Mutter wurde schwer verletzt nach dem Lazarett gebracht, wo sie bald nach ihrer Ankunft ihren Verletzungen erliegen ist. Man glaubt, daß der Einsturz der Kirche eine Folge des Odeans ist, der über Brüssel gewälzt und viel Schaden angerichtet hat.

Bräutereiunfall. Nach Meldungen aus New York sind infolge Zusammenstoßes einer Bräuterei in Chester 24 Personen ertrunken. Die Ursache des Zusammenstoßes war ein verrosteter Querbalken.

Beamtenschaft für den rebalt. Zell: Vitas Schiff, Berlin; für Angestellte: H. Wast, Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Dinsberr. 2.

## Billig und gut

kaufen Sie Ihre Herrengarderobe bei  
**Löffler Rosenthaler Straße 66**  
Nähe Rosenthaler Platz  
Anzüge v. M. 325, Paletots v. M. 350 an  
Anfertigung in eigener Werkstatt

## Bildungslektüre

die nicht im Buchhandel erhältlich, liefert im  
Abonnement. — Prospekt gratis!  
**Pionier-Verlag, Hamburg 44**

## Tuchfabrik-Niederlage

H. Lamprecht, Berlin-Tempelhof, Dönhofsstraße 17  
Neiert direkt an Private Stoffe für Herren und Damen  
zu Fabrikpreisen. Hüter- und Paletotstoffe in großer Auswahl von 35 Mark an.

## Münzensammlung

**Platin**  
Gold-, Silberbruch,  
Zahngebisse  
kauft z. reell. Tagespreisen  
**Lembreg**

## Wäsche-Kof

Neukölln, Bergstr. 140  
Eingang Goethestraße  
im Laden: täglich v. 9-7.  
Fahrgeld wird vergütet  
ohne Abzug!  
im Reichhaus Moritzpl. 58a  
per. (raumend billig) Semden  
22. Beinhleider 20. Bettbezüge  
70. große Tischtücher 300. Kümmel-  
Gardinen 55. Stapp- und  
Diamantbeden. Daunendetten.  
Stut Gelegenheitskäufe. Reine  
Bombardiere.

## Soeben erschienen

**Stinnes** 50. bis 60. Tausend  
und seine 600 000 Arbeiter  
Von Kurt Heinig

## GOLD.

Silber-Platin-Bruch  
Silber-Zentrale  
Gotzkowskystraße 13  
Eine überaus interessante Schrift, die Hugo Stinnes Herkunft u. Aufstieg schildert, sowie seine ganze ungeheuerliche Macht, seine Beziehungen, Einflüsse und Operationen auf Grund eines reichen zuverlässigen Materials kritisch aufdeckt.  
Preis 2,50 Mark  
Buchhandlung Vorwärts  
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

## Lombard-Haus

H. Graf, Leipz. Str. 75 II  
Höchste Belebung  
Diskret. Reelle  
Gelegenheitskäufe, Uhren,  
 Brillanten,  
 Schmucksachen.  
10-50% unter Ladenpr.

## GOLD.

Silber-Platin-Bruch  
Silber-Zentrale  
Gotzkowskystraße 13

## Metal-Bettstellen

Kinderwagen, Bettfedern, Korbmöbel  
**Fürst, Neukölln**  
Hermannstraße 38  
Ecke Mahlower Str.  
Fabrik i. Rnhedetten, Auflege-  
matratzen u. Feldbettstellen.

## Jhre Damen- und Herrenhüte

reinigt, färbt und preßt um in höchster Vollendung  
**Stroh- u. Filzhutfabrik Georg Erdmann**  
Schönhauser Allee 116, Reinickendorfer Straße 32  
Neukölln, Hermannstraße 56-57  
Hierfür 5% Ermäßigung

## Kreuz-, Silber-, Zobelfüchse

von 175 Mark an  
**Pelzhaus Jägermann** Oranienstraße, Ecke Prinzessinnen-  
straße 14, am Moritzplatz.